

Aktion Mensch

Faktenblatt zur Studie „Zentrale Herausforderungen im Alltag aus Sicht von Menschen mit Schwerbehinderung“

Zusammenfassung

Ergebnisse der Studie „Zentrale Herausforderungen im Alltag aus Sicht von Menschen mit Schwerbehinderung“, durchgeführt von Ipsos Public Affairs im Auftrag der Aktion Mensch: Im Rahmen der auf Repräsentativität angelegten quantitativen Online-Befragung wurden 1.001 Menschen mit Schwerbehinderung im Alter von 16 bis 64 Jahren befragt. Teilgenommen haben ausschließlich Menschen mit einem amtlich festgestellten Grad der Behinderung von mindestens 50. Befragungszeitraum: 15. Februar bis 1. März 2021.

Ranking der Lebensbereiche mit den größten Herausforderungen

Auswahl der Lebensbereiche, in denen die Befragten persönlich in den letzten fünf Jahren die größten Schwierigkeiten/Herausforderungen hatten¹:

Top fünf der „Negativ-Rangliste“:

1. Ämter & Behörden (z. B. Integrationsamt, Sozialamt, Versorgungsamt etc.)
2. Beruf
3. Beförderung/Mobilität/Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel
4. Freizeitgestaltung (z. B. Freizeit- und Sporteinrichtungen, kulturelle Einrichtungen etc.)
5. Öffentliche Einrichtungen (z. B. Einkaufsstätten, öffentliche Toiletten etc.)

Einschätzung zu Inklusion

- 83 Prozent aller Befragten bemängeln das **fehlende Verständnis** in der Gesellschaft dafür, welchen **zusätzlichen Belastungen** nicht nur Menschen mit Schwerbehinderung, sondern auch ihre pflegenden Angehörigen oft ausgesetzt sind.
- Gut die Hälfte (51 Prozent) der Befragten befürchtet zudem, dass sich die **Exklusion** von Menschen mit schweren, mehrfachen und/oder kognitiven Behinderungen aufgrund des vorherrschenden **Leistungsgedankens** in unserer Gesellschaft in Zukunft noch verstärken wird.

Top drei Lebensbereiche: Verbesserungs-/Handlungsbedarf

Konkrete Probleme/Verbesserungsbedarf im Umgang mit Menschen mit Schwerbehinderung sowie Handlungsbedarf allgemein:

¹ Zur Auswahl standen: Ämter & Behörden, Beruf, Beförderung/Mobilität/Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel, Freizeitgestaltung, öffentliche Einrichtungen, Wohnsituation, Krankenhäuser/medizinische Versorgung/Krankenkassen, Studium/Ausbildung, Schule, Kita

1. Ämter und Behörden²

- Das größte Problem im Umgang mit Ämtern und Behörden ist die **fehlende Aufklärung zu Ansprüchen und Rechten** von Menschen mit Schwerbehinderung – 58 Prozent der Befragten sehen hier Verbesserungsbedarf.
- Fast ebenso viele (56 Prozent) wünschen sich ein besseres Verständnis des finanziellen Aufwandes, den Menschen mit Schwerbehinderung und ihre pflegenden Angehörigen stemmen müssen.
- Zudem wünscht sich die Mehrheit der Befragten (59 Prozent) im Umgang mit Menschen mit Behinderung ein **besseres Verständnis** für Beeinträchtigungen durch eine Schwerbehinderung.
- Entsprechend besteht in letzterem Punkt auch der **größte Handlungsbedarf** (58 Prozent), um Inklusion voranzutreiben.
- Knapp jede*r Zweite (47 Prozent) hatte Schwierigkeiten bei der offiziellen **Anerkennung der Schwerbehinderung** seitens der öffentlichen Hand. Für 49 Prozent der Befragten besteht hier Handlungsbedarf.

2. Beruf³

- Auch in diesem Bereich ist mangelndes Verständnis ein zentraler Kritikpunkt: 58 Prozent der Befragten⁴ wünschen sich seitens der Arbeitgeber*innen ein **besseres Verständnis** von Schwerbehinderung sowie der Leistungsfähigkeit von Menschen mit Schwerbehinderung (48 Prozent).
- Hinzu kommen Barrieren, die den Arbeitsalltag erschweren: Fast die Hälfte der Befragten (48 Prozent) bemängelt die **schlechte Verfügbarkeit von technischen Hilfsmitteln**. 61 Prozent sehen im Bereich technische Ausstattung dringenden Handlungsbedarf, um Inklusion voranzutreiben.

3. Mobilität⁵

- Fast drei von fünf Befragten (58 Prozent) vermissen eine **uneingeschränkte Mobilität** für Menschen mit Schwerbehinderung.
- Dabei sind für nahezu die Hälfte (48 Prozent) der Befragten nicht nur **bauliche oder räumliche Barrieren** in öffentlichen Verkehrsmitteln ein Problem, sondern auch die **fehlende Übernahme von Mobilitätskosten** durch den Staat (49 Prozent).

Politische Forderungen der Befragten: Mehr Miteinander ist nötig

- Die politische Forderung mit dem höchsten Zustimmungswert (75 Prozent) richtet sich an die Gesellschaft: Es muss ein **selbstverständlicheres Miteinander** von Menschen mit und ohne Behinderung geben.
- Wichtig ist aber auch eine Veränderung in **Ämtern und Behörden**: Sie müssen aus Sicht der Menschen mit Schwerbehinderung besser über vorhandene Rechte und Ansprüche informieren und aufklären. 70 Prozent aller Befragten sehen den **Staat** in der Informationspflicht.

² Basis: Befragte, die „Ämter/Behörden“ jeweils auf die Ränge eins bis vier gewählt haben.

³ Basis: Befragte, die „Beruf“ jeweils auf die Ränge eins bis vier gewählt haben.

⁴ Nur Befragte mit persönlicher Erfahrung mit integrativen bzw. inklusiven Arbeitgeber*innen wurden bei dieser Auswertung berücksichtigt.

⁵ Basis: Befragte, die „Beförderung/Mobilität/Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel“ jeweils auf die Ränge eins bis vier gewählt haben.

- 57 Prozent sind zudem der Meinung, dass privatwirtschaftliche Unternehmen zu einer **umfassenden Barrierefreiheit** verpflichtet werden müssen.
- Außerdem fordern 67 Prozent der Menschen mit Schwerbehinderung, dass **die Bahn so barrierefrei sein muss**, dass Menschen mit Behinderung genauso spontan mit dem Zug reisen können wie Menschen ohne Behinderung.

Pressekontakt:

Vanessa Neuhaus
Aktion Mensch e.V.
Heinemannstraße 36
53175 Bonn
Tel 0228 2092-304

vanessa.neuhaus@aktion-mensch.de
www.aktion-mensch.de

**Über die Aktion Mensch e.V.**

Die Aktion Mensch ist die größte private Förderorganisation im sozialen Bereich in Deutschland. Seit ihrer Gründung im Jahr 1964 hat sie mehr als vier Milliarden Euro an soziale Projekte weitergegeben. Ziel der Aktion Mensch ist, die Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderung, Kindern und Jugendlichen zu verbessern und das selbstverständliche Miteinander in der Gesellschaft zu fördern. Mit den Einnahmen aus ihrer Lotterie unterstützt die Aktion Mensch jeden Monat bis zu 1.000 Projekte. Möglich machen dies rund vier Millionen Lotterieteilnehmer. Zu den Mitgliedern gehören: ZDF, Arbeiterwohlfahrt, Caritas, Deutsches Rotes Kreuz, Diakonie, Paritätischer Gesamtverband und die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland. Seit Anfang 2014 ist Rudi Cerne ehrenamtlicher Botschafter der Aktion Mensch.
www.aktion-mensch.de